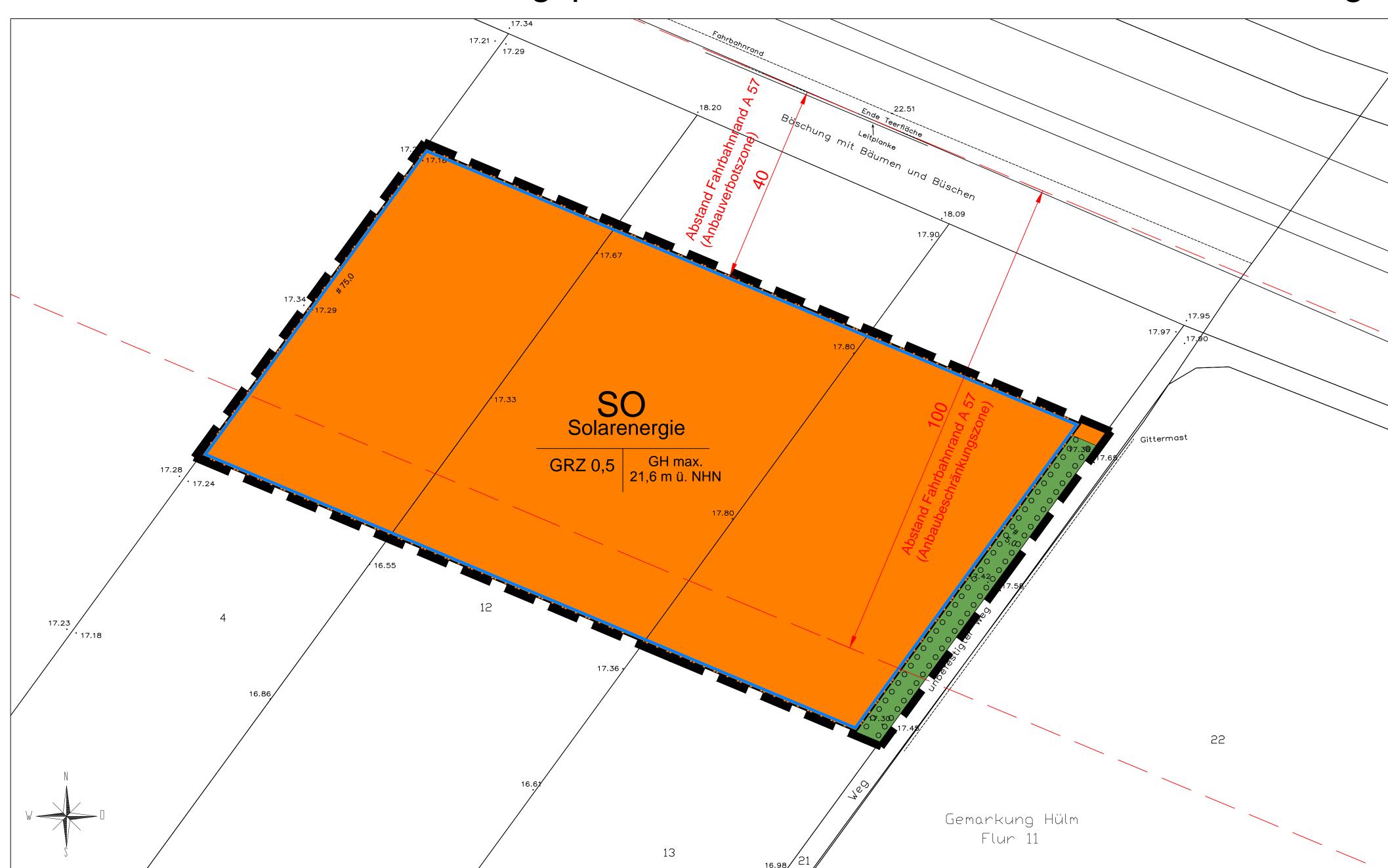
Stadt Goch

Bebauungsplan Nr. 4 Hülm "Photovoltaik-Freiflächenanlage"



/erfahrensvermerke	Der Bebauungsplanentwurf und die Entwurfsbegründung haben gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch nach ortsüblicher Bekanntmachung vom
Diese Planunterlage wurde auf der Grundlage der Daten der automatisierten Liegenschaftskarte erstellt. Die im Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegenden Flurstücke stimmen mit dem Katasternachweis überein. Der Gebäudenachweis entspricht der Örtlichkeit. (Stand)	Goch,
Goch,	Bürgermeister
Ö. b. Verm. Ing. Es wird bescheinigt, dass die Festlegung der städtebaulichen Planung geometrisch eindeutig ist.	Dieser Bebauungsplan ist gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch i. V. m. den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) amvom Rat der Stadt Goch als Satzung und die Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung beschlossen worden.
	Goch,
Goch,	
Der für die Bauleitplanung zuständige Bau- und Planungsausschuss der Stadt Goch beschloss amgemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 15/4 Pfalzdorf.	Bürgermeister Ratsmitglied
Goch,	Gemäß § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch ist am mit Hinweis auf die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans ortsüblich bekannt gemacht worden, dass der Rat der Stadt Goch diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen hat.
	In dieser Bekanntmachung wurde ebenfalls auf die Vorschriften der §§ 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 und Abs. 4 sowie 215 Abs. 1 des Baugesetzbuches hingewiesen.
Bürgermeister Ratsmitglied	Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 4 Hülm "Photovoltaik-Freiflächenanlage" in Kraft.
Der Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 15/4 gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch vomwurde am ortsüblich bekannt gemacht.	Goch,
Goch,	Bürgermeister
Bürgermeister	Hiermit wird bestätigt, dass der Bebauungsplan mit dem Beschluss des Rates der Stadt Goch vomübereinstimmt.
Der für die Bauleitplanung zuständige Bau- und Planungsausschuss der Stadt Goch stimmte am diesem Bebauungsplanentwurf mit Entwurfsbegründung zu und beschloss die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch.	Goch,
Goch,	Bürgermeister
Bürgermeister Ratsmitglied	

Rechtsgrundlagen

Der Bebauungsplan wurde nach folgenden Rechtsgrundlagen aufgestellt:

in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBI. I S. 3634), in der zum Zeitpunkt des

Satzungsbeschlusses gültigen Änderungsfassung

2) Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke - Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBI. I S. 3786), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses gültigen Änderungsfassung

3) Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes - Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBI. I S. 58), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses gültigen Änderungsfassung

4) Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Landesbauordnung NRW (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.08.2018 (GV. NRW S. 411), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses

gültigen Änderungsfassung 5) Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses

gültigen Änderungsfassung

6) Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung vom 26. August 1999 (GV. NRW. S. 516), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses gültigen Änderungsfassung

Planungsrechtliche Festsetzungen (nach BauGB und BauNVO)

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 11 BauNVO)

Sonstige Sondergebiete (siehe Textliche Festsetzungen)

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO) GRZ 0,5 Grundflächenzahl

Maximale Oberkante der baulichen Anlagen über NHN

Überbaubare Grundstücksflächen

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

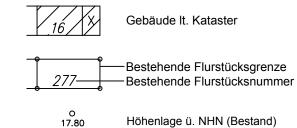
Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Sonstige Planzeichen



Umgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Darstellungen (nicht Bestandteil der Festsetzungen)



Textliche Festsetzungen (nach BauGB und BauNVO)

1. Art der baulichen Nutzung

Es wird ein Sonstiges Sondergebiet (§ 11 BauNVO) mit der Zweckbestimmung "Solarenergie" festgesetzt. Zulässig sind die Errichtung und der Betrieb baulicher Anlagen zur Stromerzeugung aus Solarenergie (Photovoltaik) als fest ausgerichtete oder nachgeführte bzw. drehbare Anlagen. Außerdem sind die für die betrieblichen Zwecke erforderlichen Nebenanlagen zulässig. Gebäude zum dauerhaften Aufenthalt von Personen oder Tieren sind nicht zulässig.

2. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25

Entlang der östlichen Plangebietsgrenze ist eine Gehölzpflanzung mit Untersaat in einem Pflanzraster von 1 m x 1 m anzulegen. Die Anpflanzung ist dauerhaft zu erhalten, bei Abgang sind die Gehölze nachzupflanzen. Die Pflanzung der Sträucher soll je Art in Gruppen zu 3-4 Gehölzen erfolgen. Die Anpflanzhöhe des Pflanzgutes muss 1,25 m bis 1,50 m betragen. Es ist eine Anwuchspflege von mindestens 3 Jahren zu gewährleisten. Abgängige Pflanzen sind gleichwertig

Die Bepflanzung soll mit Pflanzenarten der nachfolgenden Vorschlagsliste erfolgen:

Kupfer-Felsenbirne Amelanchier lamarckii Roter Hartriegel Cornus sanguinea Corylus avellana Haselnuß Crataegus monogyna Weißdorn Euonymus europaeus Pfaffenhütchen Prunus padus Trauben-Kirsche Prunus spinosa Schlehe Rhamnus frangula Faulbaum Ribes rubrum Rote Johannisbeere Rosa canina Hundsrose Rosa rugosa Kartoffelrose Schwarzer Holunder Sambucus nigra Gemeiner Schneeball Viburnum opulus

Nachrichtliche Übernahmen gemäß § 9 (6) BauGB



Anbauverbotszone (40 m) und Anbaubeschränkungszone (100 m) der Autobahn 57

gem. § 9 Abs. 1 und 2 Bundesfernstraßengesetz (FStrG)

